

Vernetzt, kooperativ, erreichbar – die Zukunft der ambulanten Primärversorgung in Baden-Württemberg

Die ambulant-ärztliche Versorgung verändert sich in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren: Patientinnen und Patienten werden vermehrt in kooperativen Praxisformen, von einem multiprofessionellen Team versorgt. Praxisteams arbeiten künftig stärker mit digitalen Tools und vernetzen sich mit weiteren Versorgungsakteuren, um optimale Behandlungsergebnisse zu erreichen. Umfassende Strukturreformen ermöglichen auch in Zukunft eine bedarfsgerechte und erreichbare Primärversorgung.

Für die nächste Legislaturperiode schlägt die TK-Landesvertretung Baden-Württemberg daher diese Maßnahmen vor:

- Zugang in die Versorgung verbessern mit digital unterstützter Steuerung
- Versorgungsformen im Land bedarfsgerecht gestalten und Regelversorgung stärken
- Empowerment der Patientinnen und Patienten durch Digitalisierung fördern
- Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung aufeinander abstimmen

Zugang in die Versorgung verbessern mit digital unterstützter Steuerung

Damit der Zugang in die Versorgung einfach ist und medizinisch notwendige Behandlung zeitnah stattfindet, bedarf es mehrerer Elemente: Am Anfang steht eine verbindliche, strukturierte und digital gestützte Ersteinschätzung. Hilfesuchende erhalten durch das Ersteinschätzungsverfahren eine medizinisch definierte Empfehlung für einen Behandlungspfad. Die Ersteinschätzung kann eigenständig digital oder telefonisch, mit Unterstützung am Praxistresen oder in neuen Integrierten Notfallzentren genutzt werden. Dies muss ergänzt werden durch eine zentrale Terminplattform. Abhängig von der Behandlungsnotwendigkeit können Patientinnen und Patienten über die Terminplattform dann bedarfsgerecht, effizient und zeitnah auf allgemeinmedizinische oder fachärztliche Terminkontingente zugreifen.

→ Die Landesregierung sollte sich im Land und im Bund dafür einsetzen, dass eine digitalgestützte Ersteinschätzung des Versorgungsbedarfes für neue Behandlungsanlässe zum Standard in der Regelversorgung wird, wie sie es selbst in ihrer Strategie „Gesundheit 2030“ für die Patientensteuerung adressiert. Zudem muss sie darauf achten, dass digitale Plattformen im Land, wie etwa die Versorgungsplattform der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW), dazu anschlussfähig und integrierbar sind.

Versorgungsformen im Land bedarfsgerecht gestalten und Regelversorgung stärken

In Baden-Württemberg zeugen bereits vielfältige Modelle von der Innovationskraft im Land. Nun ist es wichtig, die im ambulanten Bereich stattfindende Transformation als Chance zu

begreifen und die Entwicklung hin zu kooperativen Formen der Versorgung aktiv zu gestalten. So können Tätigkeiten in Anstellung oder Teilzeit ermöglicht werden, was nachrückende Fachkräfte zunehmend einfordern. Zudem sollten qualifizierte Gesundheitsberufe vermehrt in die Behandlung einbezogen oder entsprechend ihres (akademisierten) Kompetenzprofils auch fallabschließend tätig werden. Bei all dem ist wichtig, dass sich Versorgungsstrukturen aus dem Bedarf ergeben und die Navigation durch das Gesundheitssystem einfacher wird.

→ Die Landesregierung sollte sich für vernetzte und kooperative Versorgungsstrukturen in der Regelversorgung einsetzen. Eine gestärkte Kollektivversorgung schafft einen einfachen und flächendeckenden Zugang – Modellprojekte oder Selektivverträge können das nicht leisten. Daher muss die Hausarztzentrierte Versorgung (HzV) weiterentwickelt werden und der Kontrahierungszwang entfallen.

Empowerment der Patientinnen und Patienten durch Digitalisierung fördern

Mit der elektronischen Patientenakte (ePA) bietet sich mittlerweile das Potential dafür, dass alle relevanten Gesundheitsdaten gesammelt und geschützt vorliegen. Darüber hinaus können Versicherte die ePA aktiv nutzen und in der ePA der TK (TK-Safe) weitere Services freischalten, um selbst einen Überblick über Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen zu erhalten. Dadurch werden Prävention und individuelles Empowerment gestärkt. Dies wird dem Anspruch gerecht, den die Landesregierung in ihrer Strategie „Gesundheit 2030“ formuliert, wonach die Versorgungsstrukturen durch eine gesteigerte Gesundheitskompetenz und verstärkte Prävention entlastet werden sollen.

→ Die Landesregierung darf in ihrem Engagement für die Digitalisierung in Gesundheit und Pflege nicht nachlassen und sollte sich weiterhin als aktive Fürsprecherin für die Telematikinfrastruktur (TI) einsetzen. Es ist unerlässlich, dass alle Akteure zeitnah an die TI angebunden werden.

Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung aufeinander abstimmen

Zahlreiche Maßnahmen adressieren die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten im Land. So wird aus dem gemeinsamen Strukturfonds von KVBW und Gesetzlichen Krankenkassen auch das Förderprogramm „Ziel und Zukunft“ (ZuZ) finanziert. Zudem verantworten sie die Umsetzung der Bedarfsplanung mitsamt Sicherstellungszuschlägen. Daneben gewährt die Landesregierung über das Landärzteprogramm finanzielle Zuschüsse bei der hausärztlichen Niederlassung in bestimmten Regionen und unterstützt Medizinstudierende im Rahmen der Landarztquote. Auch Kommunen fördern teilweise die medizinische Versorgung vor Ort.

→ Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen sinnvoll aufeinander abgestimmt sind. Es braucht ein gemeinsames Verständnis, wie Versorgung zukünftig gestaltet sein sollte und realistisch gewährleistet werden kann.

Techniker Krankenkasse
Landesvertretung Baden-Württemberg
Friedrichstraße 23a, 70174 Stuttgart
Tel.: 07 11 - 250 95-406
lv-baden-wuerttemberg@tk.de